



FELIX STROSETZKI / DER SPIEGEL

Rentnerin Hilbrandt

»Fast ohnmächtig geworden«

Doppelt abkassiert

Altersvorsorge Millionen Betriebsrentner fühlen sich vom Staat betrogen, weil sie hohe Sozialabgaben zahlen müssen. Die Koalition sucht nach Lösungen.

Maria Hilbrandt hat ihr Berufsleben in der Verwaltung der Hamburg-Mannheimer Versicherung verbracht. Für die Produkte der Assekuranzen hegte sie schon von Berufs wegen Sympathien. Vor mehr als zwei Jahrzehnten hat die heute 67-Jährige ihre erste Betriebsrente über ihren Arbeitgeber abgeschlossen, eine sogenannte Direktversicherung. Damals war sie überzeugt, dass das eine gute Sache sei. Die Policen wurden von der Steuer gefördert, die Einmalauszahlungen zu Rentenbeginn sollten von Sozialabgaben befreit sein. So jedenfalls hatte es der Gesetzgeber damals versprochen.

Doch als Hilbrandt im Jahr 2016 ihre Betriebsrente ausgezahlt bekam, erhielt sie Post von ihrer Krankenkasse. Sie müsse auf die Summe den vollen Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag leisten, gestaffelt über zehn Jahre, hieß es da. Insgesamt voraussichtlich rund 20 000 Euro. »Als ich das gelesen habe, bin ich fast ohnmächtig geworden«, sagt Hilbrandt. Für sie ist jeder Cent wichtig. Weil sie wegen eines Krebsleidens frühzeitig in den Ruhestand gehen musste, liegt ihre gesetzliche Rente bei bescheidenen 980 Euro im Monat.

Schuld an Hilbrandts Schock ist eine Neuregelung, die 2004 in Kraft trat: Weil die gesetzlichen Krankenkassen klamm

waren, hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung in Absprache mit der Union ein Paket politischer Grausamkeiten auf den Weg gebracht. Sie strich Brillen und Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der Kassen – und beschloss, von Betriebsrentnern künftig die vollen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zu kassieren. Genauer: sowohl den Arbeitgeber- als auch den Arbeitnehmeranteil.

Vor allem Senioren, die ihre Verträge lange zuvor abgeschlossen hatten, fühlen sich betrogen. Seit Jahren kämpfen sie für eine Besserstellung, vergebens. Bislang galt in der Politik die eherne Regel, dass es schlicht nicht zu bezahlen sei, das Gesetz von 2004 rückgängig zu machen. Doch jetzt, da die Krankenkassen Rekordüberschüsse angehäuft haben, gerät die Sache wieder in Bewegung: Die Große Koalition prüft mögliche Erleichterungen für Betriebsrentner.

Schon in den Koalitionsverhandlungen hatte die SPD gefordert, die Krankenkassenbeiträge für Betriebsrenten auf den Arbeitnehmeranteil zu halbieren. Die Union war angesichts der Milliardenkosten vor wenigen Monaten noch dagegen.

Nun kommt das Thema auch deshalb wieder auf, weil viele Betriebsrentner ihrer Wut lautstark Luft machen. Mehr als 1000

der geschätzt sechs Millionen Betroffenen haben sich im »Verein Direktversicherungsgeschädigte« zusammengefunden, der deutschlandweit zu Stammtischen einlädt. Die Senioren protestieren vor dem Reichstagsgebäude und drohen im Internet, dafür zu sorgen, dass die CSU bei der Landtagswahl im Oktober »nicht die schönste, sondern die schlimmste Nacht ihres Lebens erlebt«.

Auf die Politik hat der Widerstand Eindruck gemacht. »So gut wie jeder Bundestagsabgeordnete wird in seinem Wahlkreis mit dem Thema konfrontiert«, sagt der CDU-Politiker Maik Beermann, zu keinem Thema außer der Flüchtlingsfrage erhalte er mehr Post.

Ende April schrieb Beermann einen Brief an Fraktionschef Volker Kauder, den mehr als 40 Unionsabgeordnete unterzeichneten: Das Thema dürfe nicht allein der SPD überlassen werden. Die »Doppelverbeitragung« sei »eine Ungerechtigkeit unseren Wählerinnen und Wählern gegenüber«. Viele Versicherte hätten schließlich schon in der Anspargphase auf ihre Einzahlungen Krankenkassenbeiträge gezahlt.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) bat seinerseits vor Kurzem darum, eine Lösung in einen aktuellen Gesetzentwurf von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) aufzunehmen. Dazu kam es wegen der drohenden Kosten nicht, in einem Brief von Ende Mai sicherte Spahns Staatssekretär aber zu, das Thema »lösungsorientiert zu prüfen«.

Am vergangenen Dienstag präsentierte Spahn seinen Fraktionskollegen in einer Sondersitzung erste Zahlen. Sie wirkten auf viele Teilnehmer abschreckend, Spahn hat an einer teuren Lösung kein Interesse. Würde man rückwirkend die Belastung für alle Betriebsrentner rückgängig machen, wäre dafür voraussichtlich ein Einmalbetrag von rund 40 Milliarden Euro fällig, rechnete Spahn der Runde vor.

Günstiger wäre die von der SPD vorgeschlagene Lösung, in Zukunft von Betriebsrentnern nur noch den halben Kassenbeitrag zu verlangen. Das würde jährlich etwa 2,6 Milliarden Euro kosten.

Für Senioren wie Maria Hilbrandt, die ihre kleine Rente mit einem Job aufbessern muss, wäre schon das eine Erleichterung. Das Problem ist: Die Masse der Beitragszahler müsste mit einer Erhöhung der monatlichen Beitragssätze um 0,2 Prozentpunkte rechnen. Damit würden auch Geringverdiener zur Kasse gebeten, die wohl nie von einer Betriebsrente profitieren werden. Es ist ein politisches Dilemma, das kaum zu lösen ist.

Cornelia Schmergal, Anne Seith